

Paul Kalma

## Der lange Marsch zum ‚Dritten Weg‘. Die niederländische Partei der Arbeit (PvdA) seit den 1970er Jahren\*

### Einleitung

Das niederländische ‚Poldermodell‘ hat in den vergangenen Jahren im Ausland einige Popularität erlangt, und ein Teil davon strahlt auch auf die größte Regierungspartei, die sozialdemokratische Partij van de Arbeid (PvdA), ab. Andere sozialdemokratische Parteien loben die PvdA für ihren Beitrag zu einer Politik, die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht erfolgreich ist und die ohne große gesellschaftliche Konflikte verwirklicht wurde. Bei Zusammenkünften sozialdemokratischer Regierungschefs wird Ministerpräsident Kok als Erneuerer der Sozialdemokratie, als Vorreiter des ‚Dritten Weges‘ betrachtet.

Was macht die PvdA in den Augen der Schwesterparteien so interessant? Da sind zunächst einmal ihr pragmatischer Kurs und ihr Blick für die Bedeutung von Kooperation und Kompromiß – weit über das traditionelle Links-Rechts-Muster hinaus, wie sieben Jahre gemeinsame Regierungsarbeit mit den Konservativ-Liberalen gezeigt haben. Dazu kommt ihre Fähigkeit, die Reform des Versorgungsstaates so auszugestalten, daß nicht nur ökonomische, sondern auch soziale Ziele zu ihrem Recht kommen. Und last but not least sind ihre Wahlerfolge zu nennen.

Ein Beispiel soll hier stellvertretend stehen für die Anerkennung, die ‚Poldermodell‘ und PvdA in den vergangenen Jahren erfahren haben. Es stammt aus einem Buch, das in Deutschland zu Beginn der rot-grünen Koalition erschien: *Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte*. Der Autor, Bodo Hombach, beurteilt das ‚Poldermodell‘, mit einigen Nuancen, sehr positiv. Es ist, so schreibt er, ein soziales Modell. „Der zunehmende Druck der globalen Wirtschaft hat die Niederlande nicht dazu provoziert, sich auf das Glatteis des amerikanischen Wohlfahrtskapitalismus zu begeben. Unsere Nachbarn verbinden in effektiver Weise flexible Qualitätsproduktion mit Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt und sozialer Wohlfahrt.“

Vieles von dem, was in den Niederlanden verwirklicht wurde, ist – so Hombach – nicht neu. Es ist auch in Deutschland und anderen Ländern bereits seit

\* Der Beitrag ist eine leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags, den Paul Kalma während seines Aufenthaltes als Fellow am 24. Januar 2001 im Zentrum für Niederlande-Studien gehalten hat. Die Übersetzung aus dem Niederländischem besorgte Annegret Klinzmann, M.A. Der Vortragsstil wurde für die Druckfassung beibehalten.

Jahren Gegenstand der Diskussion. „Aber während die Niederländer im Konsens entschlossen Reform an Reform reihten, Ideen umsetzten und den Mut zu Experimenten fanden, hemmte bei uns [in Deutschland] die Sucht nach ewig gültigen Lösungen die politische Tat. Der Pragmatismus, mit dem sich die Regierungsfraktion der niederländischen Sozialdemokraten immer wieder, trotz der ideologischen Gegengewichte in der eigenen Partij van de Arbeid, auf marktliberale Denkansätze und auf Schnitte in das soziale Netz einließ, ist enorm.“

Die Erfolge sind nach Hombachs Meinung zu einem großen Teil dem niederländischen ‚Kooperationsmodell‘ zuzuschreiben. In den Niederlanden hat man „Institutionen der Verhandlungsdemokratie [...] nicht abgeschafft, sondern modernisiert“. Die verschiedenen Handelnden (Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber) sind aufeinander angewiesen. „Das reichte, um eine Vielzahl von jeweils durchaus umstrittenen Experimenten durchzusetzen. Tragende Kooperationspartner wie die [...] PvdA konnten auf diese Weise sogar die kontroversen Diskussionen an der Parteibasis überbrücken.“<sup>1</sup>

Trifft dieses Bild zu? Was das ‚Poldermodell‘ betrifft: teilweise. Jedes Modell bezieht sich häufig eher auf das, was man sehen will, als auf das, was tatsächlich zu sehen ist. Außerdem genoss vor rund zehn Jahren das deutsche Modell hohes Ansehen, während man in Europa und den Vereinigten Staaten geringschätzig über die ‚Niederländische Krankheit‘ (‚The Dutch disease‘) sprach. Die Arbeitslosigkeit war stark angestiegen. Der niederländische Versorgungsstaat hielt nach Meinung der Kritiker die Arbeitslosen mit Unterstützungsgeldern gefangen.

Nun kann sich in zehn Jahren vieles verändern, aber doch nicht so viel. Das Bild der niederländischen Politik der achtziger Jahre muß im nachhinein in positivem Sinn korrigiert werden; und die Politik der neunziger Jahre muß in etwas weniger überschwenglichen Farben dargestellt werden. Und was die PvdA betrifft: Sie ist in den neunziger Jahren in den Niederlanden wieder eine ‚natürliche Regierungspartei‘ geworden. Das ist eine große Leistung. Aber dafür wurde, wie ich zeigen möchte, ein hoher Preis gezahlt. Und ob die PvdA da auf lange Sicht gestärkt herauskommt, kann bezweifelt werden.

### *Vorgeschichte*

Vor der Beschreibung des ‚langen Marsches zum Dritten Weg‘ möchte ich kurz einige Bemerkungen über die Umgebung machen; über die Umstände, in denen der Marsch begann; und über das Gepäck, das die PvdA mit sich führte.

In der Geschichte dieser Partei spiegeln sich eine Reihe von Charakteristika der niederländischen Gesellschaft wider. Ich nenne hier drei. Erstens: ein kleines Land und eine offene Wirtschaft. Die Niederlande gehören zu einer Gruppe kleiner Länder, die nicht in der Lage sind, mit Hilfe protektionistischer Maßnahmen auf Veränderungen auf dem Weltmarkt zu reagieren. Sie sind, wie der amerikanische Politikwissenschaftler Peter Katzenstein gezeigt hat, mehr als andere Länder auf korporatistische Lösungen und interne Koordination zwischen

<sup>1</sup> B. HOMBACH, *Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte*, München 1998, S. 137-139.

Staat, Unternehmerorganisationen und Gewerkschaft angewiesen.<sup>2</sup> Zweitens: eine jahrhundertalte Tradition, in der eine elitäre Führung und eine egalitäre Kultur eine merkwürdige Verbindung eingegangen sind; eine Tradition des Verhandeln, des Sich-Arrangierens, und des Einlenkens und Nachgebens, wenn das Volk murrte. Und drittens: ein Land von Minderheiten und gesegnet mit einem proportionalen Wahlsystem. Dies führt dazu, daß jede Regierung eine Koalitionsregierung ist – und daß die Zusammensetzung dieser Koalition nicht nur vom Wahlausgang abhängig ist. In den Niederlanden kann eine Partei die Wahlen gewinnen und trotzdem in der Opposition landen oder haushoch verlieren und trotzdem mitregieren. Dies ist der PvdA in den vergangenen 25 Jahren wiederholt und in entscheidenden Augenblicken passiert.

Soweit zum Kontext. Die Sozialdemokratie entwickelt sich in den Niederlanden erst spät, und sie erreicht nie viel weniger als 20 Prozent, aber auch nie viel mehr als 30 Prozent der Stimmen. Sie ist schon früh in der Verwaltung einiger Großstädte aktiv, aber sie muß – ein europäisches Unikum – bis 1939 warten, bevor sie an der Regierung des Landes beteiligt wird. Die niederländische Politik wird von den konfessionellen Parteien beherrscht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verändert sich dies. In Koalitionskabinetten mit den konfessionellen Parteien, und geführt von dem Sozialdemokraten Willem Drees, drückt die PvdA von 1946 bis 1958 der Politik einen deutlichen Stempel auf. Die Regierung hält – in enger Absprache mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern – Löhne und Preise niedrig, unterstützt eine exportorientierte Industrialisierung und baut den Versorgungsstaat auf. Drees, der später mit einer gewissen Rührung der ‚Bürgermeister der Niederlande‘ genannt wurde, verkörpert in den fünfziger Jahren wie kein anderer diese Kombination von Sozialpolitik, Enthaltensamkeit und Pragmatismus. Vierzig Jahre später wird Wim Kok in seine Fußstapfen treten. Für Clinton, Blair und Schröder ist Kok vielleicht der Vorreiter des ‚Dritten Weges‘, aber für viele Niederländer ist er die Reinkarnation von Willem Drees: ebenso sozial und verantwortungsvoll, ebenso sachlich und sparsam und für manch einen ebenso ein bißchen langweilig.

Ende der fünfziger Jahre endet die Nachkriegskooperation von Konfessionellen und Sozialdemokraten. Die konfessionellen Parteien suchen die Zusammenarbeit mit der Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD), der zu jener Zeit noch kleinen konservativ-liberalen Partei. Es fällt der PvdA unter diesen Bedingungen nicht leicht, Oppositionspolitik zu betreiben. Insbesondere in Zeiten ökonomischen Wohlstands ist Opposition-Betreiben, wie der holländische Sozialdemokrat Jaap Burger einmal sagte, ‚Tapezieren gegen den Wind‘. Darüber hinaus hat die PvdA, nach zwölf Regierungsjahren (1946–1958), ihre Inspiration verloren. Es dauert fünfzehn Jahre, bevor sie diese wiedererlangt (mit einer kurzen Ausnahme in den Jahren 1965–1966). Zu dieser Revitalisierung tragen zwei Faktoren bei. Zum ersten eine gesellschaftliche Protestbewegung von Studenten und anderen Gruppen, die auch in anderen westlichen Ländern auftritt, die jedoch in den Niederlanden tief in die etablierten Institutionen eindringt und dort (im Rahmen des Sich-Arrangierens und Sich-Fügens) Einlaß findet. Der zweite Faktor ist ein sozialdemokratischer Politiker:

<sup>2</sup> P.J. KATZENSTEIN, *Small states in world markets. Industrial politics in Europe*, Ithaca, New York 1985.

Joop den Uyl. Pragmatisch und gemäßigt, aber gleichzeitig sensibel für die Notwendigkeit einer Erneuerung der Sozialdemokratie. Den Uyl entwickelt bereits zu Beginn der sechziger Jahre unter dem Begriff der ‚Lebensqualität‘ ein Programm, in dem er für eine gewisse Mäßigung beim privaten Konsum zugunsten von Sozialausgaben, für eine Demokratisierung der Wirtschaft sowie für internationale Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe plädiert. Den Uyl und die neue Linke in der PvdA (Nieuw Links) mißtrauen einander, schließen dann aber doch ein zwar wackeliges, aber erfolgreiches Bündnis.

Damit kommen wir zu einem wichtigen Unterschied zwischen der PvdA und der SPD in den siebziger Jahren. In den Niederlanden haben wir es mit der Integration von radikalen 68ern in die Politik zu tun; in Deutschland sind Distanz und Konflikt sowie die Radikalisierung einer kleinen Gruppe festzustellen. Diese Unterschiede bilden den Hintergrund für das schwierige Verhältnis zwischen SPD und PvdA in dieser Periode (siehe etwa Streitigkeiten über die Stationierung von Marschflugkörpern und, früher, über den Radikalerlaß).

1971 und 1972 verbucht die PvdA Wahlgewinne. 1973 tritt mit dem Kabinett Den Uyl das am stärksten links ausgerichtete Kabinett in der Geschichte der Niederlande (mit nur einigen christdemokratischen Ministern) an. Das Regierungsprogramm befürwortet die ‚Verteilung von Einkommen, Wissen und Macht‘. Das Kabinett Den Uyl kann nur einen kleinen Teil seines Programms verwirklichen. Es löst durch seine Offenheit und Leidenschaft jedoch einen Stilwandel in der niederländischen Politik aus, der die Aufmerksamkeit vieler Bürger fesselt. Die Popularität des Politikers und Staatsmannes Den Uyl ist groß, und 1977 erzielt die PvdA einen großen Wahlsieg.

### *Wahlsieg und Opposition*

1977 beginnt der lange Marsch der PvdA zum ‚Dritten Weg‘ – und zwar nicht im Mai, am Wahntag, sondern sieben Monate später, als der Parteirat das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen ablehnt. Den Uyl kehrt an den Verhandlungstisch zurück, aber das Unglück ist geschehen. Die Bildung des zweiten Kabinetts Den Uyl ist mißlungen: Die christdemokratischen Parteien, inzwischen in einer Partei, dem Christen-Democratisch Appèl (CDA), vereint, schließen ein Koalitionsabkommen mit der VVD. Und wieder verschwindet die PvdA für längere Zeit in der Opposition, genauer gesagt: für zwölf Jahre (mit der kurzen Ausnahme von 1981–1982).

An der Sitzung des Parteivorstandes von 1977 nimmt eine Delegation jugoslawischer Kommunisten teil, die zufällig in den Niederlanden ist. Die Jugoslawen weigern sich zu glauben, daß der Beschluß des Parteivorstandes keine gezinkte Karte ist, kein von Joop den Uyl sorgfältig inszeniertes Theaterstück, um den Christdemokraten noch weitere Konzessionen abzurufen. Den Uyl ist doch schließlich der Parteiführer, der Ministerpräsident! Der läßt sich doch seinen Wahlsieg nicht von der eigenen Partei verderben! Aber es ist kein Thea-

terstück. Die PvdA ist nach einem Prinzip organisiert, das man im kommunistischen Jugoslawien nicht kennt: Parteidemokratie.

In diesem Fall ist das Ergebnis jedoch verheerend, und die Parteiführung trägt mit die Verantwortung hierfür. Der Wahlsieg, der der PvdA einen Stimmenanteil von 33,8 Prozent (gegenüber 27,3 Prozent bei den Wahlen von 1972) einbrachte, hat nicht nur aktive Parteimitglieder, sondern auch die Parteispitze und Joop den Uyl selbst übermütig gemacht. In einem Versuch, ein noch linkeres Kabinett zustande zu bringen, drängen sie vom Beginn der Koalitionsverhandlungen an den CDA in die Ecke. Sie vergessen jedoch, daß diese Partei für die neue Koalition unverzichtbar ist und daß der CDA mit einer anderen Partei zusammen über eine Mehrheit im Parlament verfügt. Das Mißlingen der Kabinettsbildung ist für die PvdA eine traumatische Erfahrung, die noch lange fortwirken wird. Sie trägt zu der Erklärung bei, warum die Partei im Laufe der achtziger Jahre einen gemäßigeren Kurs fährt und die sogenannte Polarisationsstrategie aufgibt.

Zunächst allerdings setzt die PvdA noch den alten Kurs fort. Sie wehrt sich heftig gegen die sozioökonomische Politik des Zentrum-Rechts-Kabinetts Van Agt-Wiegel und später gegen die ‚no nonsense‘-Politik unter der Führung des Christdemokraten Ruud Lubbers, Minister im Kabinett Den Uyl, der ab 1982 eine für niederländische Begriffe ziemlich harte und erfolgreiche Sparpolitik betreibt. Aber eine probate Antwort auf diese ‚no nonsense‘-Politik hat die Sozialdemokratie nicht. Sie konzentriert sich vor allen Dingen auf ihren Widerstand gegen den Einsatz der Kernenergie in den Niederlanden und gegen die Aufstellung der Cruise-Missile-Raketen in Westeuropa. Hinsichtlich der Wahlen geht es ihr bei alledem nicht schlecht. Zwar hat sie Anfang der achtziger Jahre einen großen Teil der zusätzlichen Stimmen, die sie 1977 gewonnen hatte, verloren, kann diese jedoch 1986 fast vollständig zurückgewinnen. Die harte Oppositionsarbeit macht sich bezahlt! Dennoch: Zu einer Regierungsbeteiligung führt dies nicht. CDA und VVD setzten ihre Zusammenarbeit fort. Der populäre Christdemokrat Lubbers prägt die niederländische Politik. Es sieht so aus, als sei die PvdA keine natürliche Regierungspartei, sondern eine natürliche Oppositionspartei geworden.

Das Bedürfnis nach einem stärker zentrums-orientierten Kurs und vor allem nach einem weniger polarisierenden Politikstil nimmt – besonders im verwaltungsorientierten Teil der PvdA – nach 1986 weiter zu. Nachfolger Den Uyls als Parteiführer wird der Vorsitzende des größten niederländischen Gewerkschaftsbundes, Wim Kok, der in den siebziger Jahren so manchen Streik angeführt hat, der aber auch 1982 mit Unternehmern und der Regierung das später berühmt gewordene Abkommen von Wassenaar über eine nachhaltige Lohnmäßigung getroffen hat. Innerhalb der PvdA nehmen verschiedene Kommissionen ihre Arbeit auf. Sie veröffentlichen Berichte, in denen der beabsichtigte Kurswechsel – wenn auch nur vorsichtig – ausgearbeitet wird.

Deutlicher äußert sich Joop van den Berg, Politikwissenschaftler und in den achtziger Jahren Direktor der Wiardi-Beckman-Stiftung, des wissenschaftlichen Büros der PvdA. Er plädiert unumwunden für eine Rückkehr zum politischen Stil der fünfziger Jahre. ‚Die verkannte Ära‘, so bezeichnet er die ersten zwanzig Jahre der PvdA, das heißt, die Zeit bevor Nieuw Links an die Macht kam. Weiter schreibt er: „Wir brauchen eine Neubewertung – ohne blinde Wieder-

holung – von Begriffen wie ‚Kompromiß‘, ‚breite Basis‘, ‚Harmoniemo­dell‘ und auch ‚Entpolitisierung‘. Die jeweiligen Gegenpole dieser Begriffe haben inzwi­schen ihre Rolle gespielt, aber sie haben sich als genauso zeitgebunden und folglich als in ihrer Effektivität eingeschränkt erwiesen.“<sup>3</sup>

1989 ergibt sich für die PvdA wieder die Gelegenheit zur Regierungsbetei­ligung. Ein Generationenstreit spaltet die VVD. Die Finanzlage des Staates hat sich gebessert, Wachstum und Arbeitsmarkt befinden sich im Aufschwung; die Langzeitarbeitslosigkeit jedoch bleibt – wie die PvdA betont – erschreckend hoch. Trotz eines leichten Verlustes von 1,4 Prozent für die Sozialdemokraten bei den Wahlen übernehmen CDA und PvdA gemeinsam die Regierung. Lubbers wird zum dritten Mal Premierminister, Wim Kok übernimmt das Finanz­ministerium. Die PvdA hat ihr Programm und ihren politischen Stil angepaßt, hofft aber trotzdem, mit der neuen Regierung einen Kurswechsel zu bewirken. Keine einseitige Betonung mehr von Sparmaßnahmen; eine Rückkehr zu wert­beständigen Leistungen, Subventionen für Betriebe, die Langzeitarbeitslose be­schäftigen, Arbeitsplatzinitiativen auf Stadtteilebene unter Einbeziehung der lo­kalen ‚civil society‘ (die sogenannte ‚soziale Erneuerung‘). Manches von diesen politischen Zielen wird verwirklicht, aber unerwartete Entwicklungen bringen das Kabinett und besonders die PvdA in große Schwierigkeiten. Die Konjunktur verschlechtert sich. Neue Sparmaßnahmen sind notwendig. Außerdem nimmt die Zahl der Empfänger von Arbeitsunfähigkeitsrenten stark zu. Auf fünfzehn Millionen Einwohner drohen in den Niederlanden eine Million Arbeitsunfähige zu kommen. Dies ist eine Folge der zunehmenden Arbeitsbelastung. Grund für diese Zunahme sind aber auch die großzügige Bewilligungspolitik und die An­gewohnheit der Arbeitgeber, mit dem Wissen der Gewerkschaften ‚überflüssige‘ Arbeitnehmer für arbeitsuntauglich erklären zu lassen, um diesen so zu einer hohen Beihilfezahlung zu verhelfen.

Im Sommer 1991 beschließt die Regierung – unerwartet –, die Beihilfen für Arbeitsunfähige kräftig zu senken. Die Gewerkschaften reagieren wütend. Sie werden später eine der größten Protestdemonstrationen in der Nachkriegsge­schichte der Niederlande organisieren. In der PvdA reagiert man entsetzt. Es kommt zu massenhaften Parteiaustritten, und die Parteibasis weigert sich, die Politik der Regierung zu akzeptieren. Im Herbst 1991 gelingt es Wim Kok auf einem außerordentlichen Kongreß der Partei mit großer Mühe, nachträglich Unterstützung für seine Politik zu bekommen.

Diese Krise in der Partei stellt, neben der mißlungenen Kabinettsbildung von 1977, einen wichtigen Augenblick in der Umformung der PvdA in eine Partei des ‚Dritten Weges‘ dar. Auf der einen Seite geht sie geschwächt aus dieser Krise hervor. Sie hat einen Teil ihrer Anhängerschaft schwer enttäuscht, und sie ver­liert rund 20 Prozent ihrer Mitglieder. Auf der anderen Seite hat sie jedoch ge­zeigt, daß sie, wenn es nötig ist, nicht vor harten Eingriffen in die soziale Sicher­heit zurückschreckt und daß Sozialdemokraten – entgegen den Behauptungen der politischen Gegner – gute Finanzminister (und das war Wim Kok) sein kön­nen.

<sup>3</sup> J.Th.J. VAN DEN BERG, *Het miskende tijdvak. De eerste twintig jaar van de Partij van de Arbeid*, in: M. KROP u.a. (Hrsg.), *Het zevende jaarboek voor het democratisch so­cialisme*, Amsterdam 1996, S. 37.

Vergleicht man die PvdA mit anderen sozialdemokratischen Parteien, dann kann man sagen: Ihre Transformation zu einer gemäßigten ‚Partei des Dritten Weges‘ geht nicht dem Regieren voraus (wie in England, wo Tony Blair Labour zu New Labour umformt), sondern vollzieht sich sozusagen ‚regierenderweise‘, wie der Titel einer von der Wiardi-Beckman-Stiftung herausgegebenen Publikation lautet. Der Vorteil dieses Verfahrens liegt darin, daß die Partei ihren Ministern folgen mußte. Der Nachteil liegt darin, daß eine offene Diskussion nie stattgefunden hat; der tägliche Pragmatismus herrschte allzusehr vor. Die SPD, möchte ich hinzufügen, sei also gewarnt.

Zurück zum Kabinett Lubbers/Kok. Die Konflikte im Kabinett häufen sich. Auch die Atmosphäre in der PvdA ist schlecht. Und die Meinungsumfragen sagen eine schwere Niederlage bei den Wahlen von 1994 voraus. Es wird tatsächlich ein Debakel. Die PvdA verliert zwölf Sitze, weniger als erwartet, aber mehr als jemals zuvor in ihrer Geschichte. Die politische Karriere Wim Koks scheint zu Ende zu sein. Aber es kommt anders: Der CDA, bis dahin die größte Partei, verliert noch viel mehr. Auch er zahlt einen Preis für den Eingriff in das Gesetz zur Invalidensicherung. Dazu kommt, daß der Christdemokrat Ruud Lubbers, nach zwölf Jahren als Premierminister, Verschleißerscheinungen zeigt. Kurz gesagt: Die PvdA verliert, darf aber als größte Partei die Koalitionsverhandlungen führen. Damit tritt 1994 genau der umgekehrte Fall dessen ein, was 1977 geschehen ist. Damals der große Wahlsieg der PvdA, der nicht zur Fortsetzung ihrer Regierungsbeteiligung führte; nun eine schwere Niederlage, aus der – nach mühsamen Koalitionsverhandlungen – Wim Kok siegreich als Ministerpräsident hervorgeht. Oder wie Kok es selbst ausgedrückt hat: In der Politik liegen der Hintereingang und die Freitreppe dicht nebeneinander.

### *Wahlniederlage und Regierungsteilnahme*

Die PvdA bildet 1994 gemeinsam mit den Konservativ-Liberalen (VVD) und den Sozialliberalen (D66) die sogenannte ‚paarse coalitie‘ (‚violette Koalition‘, weil Rot und Blau Lila ergibt). Zum ersten Mal im 20. Jahrhundert sind keine konfessionellen Parteien an der niederländischen Regierung beteiligt. Was macht diese neue Kombination möglich? Der traditionelle Abstand, der bisher vor allem auf sozioökonomischem Gebiet zwischen VVD und PvdA herrschte, hat sich verringert. Darüber hinaus muß der CDA eine erhebliche Wahlniederlage hinnehmen. Und dann ist da noch D66, die selbst als Oppositionspartei kräftige Gewinne verbucht hat und die ihr altes Ideal eines nicht-konfessionellen Kabinetts in Reichweite kommen sieht.

Das Koalitionsabkommen von 1994 ist deutlich liberal geprägt ist. Es wird eine Rekordsumme an neuen Einsparungen im Bereich der Sozialausgaben vereinbart. Dazu kommt, daß sich die PvdA mit Privatisierungen einverstanden erklärt – zum Beispiel mit Privatisierung von Teilen des sozialen Sicherungssystems. Eine Reihe von Entwicklungen sorgt dafür, daß sich die scharfen Kanten dieses Abkommens abschleifen. Erstens: eine günstige wirtschaftliche Entwicklung, die nur zum Teil der Politik des Kabinetts zugeschrieben werden kann. Die Zahl der Arbeitsplätze wächst schneller als erwartet. Das Finanzdefizit sinkt ebenfalls schneller als erwartet, es muß also weniger gespart werden. Es ist

sogar Geld übrig für neue öffentliche Investitionen (Start- und Landebahnen, Straßen, Hochgeschwindigkeitsstrecken – nicht gerade zur Freude übrigens der niederländischen Umweltbewegung). Zweitens: die Fähigkeit einiger sozialdemokratischer Minister, einen Teil des liberalen Spar- und Liberalisierungsprogramms durch Verzögerungs- und andere Taktiken außer Kraft zu setzen – auch dies gehört zum ‚Poldermodell‘. Und drittens: eine Reihe von Punkten aus dem Koalitionsabkommen, mit denen sich VVD und PvdA sichtbar identifizieren können: Schutz der niedrigsten Einkommen (für die PvdA); Deregulierung und Privatisierung (für die VVD); eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslosen Anreize zur Teilnahme am Arbeitsmarkt bietet (für beide Parteien); und (ebenfalls für beide Parteien) eine Liberalisierung der Gesetzgebung auf dem sogenannten ‚immateriellen Gebiet‘ (Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften zum Beispiel; eine Lockerung der Gesetzgebung über die Sterbehilfe, die im übrigen in den Niederlanden durchaus nicht unumstritten ist).

Bei soviel Zufriedenheit bei VVD und PvdA kann der dritte, kleine Koalitionspartner D66 keine wichtige Vermittlerrolle mehr spielen – mit allen politischen und die Wahl betreffenden Folgen, die dies mit sich bringt. So droht die Partei, die am meisten das Zustandekommen eines ‚violetten‘ Kabinetts angestrebt hat, durch den Erfolg eben dieses Kabinetts unterzugehen.

Mindestens ebenso wichtig ist eine andere Entwicklung. Das ‚violette‘ Kabinett nimmt anfänglich gegenüber dem niederländischen Korporatismus, der im Ausland ein so hohes Ansehen genießt, eine kritische Haltung ein. Hierbei spielt die Mitverantwortung von Arbeitgebern und Gewerkschaften für das Außer-Kontrolle-Geraten der Arbeitsunfähigkeitsrenten eine Rolle, aber auch das Mißtrauen gegenüber einer zähflüssigen, undurchschaubaren Beschlußfassung. Diese Kritik schmilzt jedoch wie Schnee in der Sonne. Dazu tragen die folgenden Faktoren bei:

- die Fortführung der Lohnmäßigungspolitik durch Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen (ungeachtet der Explosion von Gewinnen in der niederländischen Wirtschaft);
- Abkommen im Sozialökonomischen Rat, dem Zentral-Komitee der niederländischen Konsens-Wirtschaft, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und unabhängige Experten vertreten sind; hier werden wichtige Abkommen geschlossen, zum Beispiel über eine weiterreichende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im Tausch gegen soziale Sicherheit für Teilzeitkräfte;
- und – wiederum – die günstige wirtschaftliche Entwicklung.

So akzeptiert das ‚violette‘ Kabinett dankbar die Komplimente für den holländischen Korporatismus, dem es selbst noch vor sechs Jahren ziemlich ambivalent gegenüberstand. Hier muß man jedoch darauf hinweisen, daß dieser Korporatismus ohne diese Ambivalenzen und ohne diese harten Eingriffe in die Ausgaben für die soziale Sicherheit wahrscheinlich nicht so gut funktioniert hätte. Und: Die Ambivalenzen bleiben. Die *Frankfurter Rundschau* zitierte Anfang 2001 Hans Wijers, den sozialliberalen Wirtschaftsminister im ersten ‚violetten‘ Kabinett. Über den Sozialökonomischen Rat sagt er: „Diese Organisationen

werden bald merken, daß Dinosaurier im 21. Jahrhundert auch im Polder aussterben.“<sup>4</sup>

In dieser ersten Periode gibt es auch Kritik an der Politik des ‚violetten‘ Kabinetts. Ihm wird vorgeworfen, es schenke bestimmten brisanten Themen wie dem Immigrationsproblem nur unzureichende Aufmerksamkeit. Auch greife es mit den Sparmaßnahmen die Qualität der gesellschaftlichen Einrichtungen auf dem Gebiet von Bildung und Gesundheitsfürsorge an. Weiter wird beklagt, daß sich der Führungsstil des neuen Kabinetts, ungeachtet nachdrücklicher Versprechen, wenig von dem der Kabinette unterscheidet, in denen die Konfessionellen vertreten waren: Meinungsverschiedenheiten werden zugedeckt; die Opposition wird ins Abseits gestellt, und Minister bleiben im Amt trotz ihrer formalen Mitverantwortung für administrative Fiaskos oder für humanitäre Katastrophen wie die Verteidigung von Srebrenica im Juli 1995. Und schließlich manifestiert sich Unzufriedenheit über das Verschwinden der politischen Gegensätze in der niederländischen Politik, über die fehlende Wiedererkennbarkeit der politischen Parteien sowie über deren Neigung, jegliche Diskussion über kontroverse Themen zu vermeiden.

Trotz derartiger kritischer Anmerkungen überwiegt die Zufriedenheit mit der ‚violetten‘ Koalition – auch bei den Wahlen im Jahr 1998. Die Regierungsparteien können auf neue Wirtschaftsergebnisse verweisen und machen neue Versprechungen (unter anderem für neue Steuersenkungen). VVD und PvdA legen bei den Wahlen auf Kosten von D66 und CDA kräftig zu; die PvdA verbucht zum ersten Mal seit zwölf Jahren mit 29 Prozent einen Wahlsieg. Die Freude hierüber wird durch die Gewinne der beiden kleineren Parteien links von der PvdA, der Grünen (GroenLinks) und der Sozialistischen Partei, nicht getrübt.

Ende gut, alles gut, könnte man sagen. Es ist verführerisch, den Überblick über den langen Marsch der PvdA zum ‚Dritten Weg‘ hier abzuschließen. Aber die Geschichte geht weiter. Ende 1998 tritt unter der Führung Wim Koks das zweite ‚violette‘ Kabinett an. Von Anfang an funktioniert es nicht so gut wie das erste. Kleinere und größere Affären, Konflikte unter den Ministern und parlamentarische Untersuchungen prägen das Bild der Haager Politik. Darüber hinaus werden nun die traditionellen Unterschiede zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten wieder stärker sichtbar. Das wird beispielsweise bei der Debatte über die Privatisierung der Eisenbahn und des nationalen Flughafens sowie über das Verhältnis zwischen neuen Staatsausgaben und weiterer Steuerentlastung deutlich. Auch der PvdA selbst geht es nicht mehr so gut. Persönliche Streitigkeiten führen zum Weggang des Parteivorsitzenden. Und im Herbst 2001 teilt Wim Kok mit, daß er sich 2002, nach vier Jahren im Ministeramt und acht Jahren als Ministerpräsident, aus der niederländischen Politik zurückziehen werde.

Zu Beginn des Jahres 2002 kann man sagen: Die Bildung eines dritten ‚violetten‘ Kabinetts ist sehr unwahrscheinlich. Dagegen sprechen das schlechte Abschneiden von PvdA und VVD bei Meinungsumfragen wie auch der unerwartete Aufstieg des rechts-populistischen Politikers Pim Fortuyn.

<sup>4</sup> *Frankfurter Rundschau*, 18.01.2001.

### Bilanz

Das ‚Poldermodell‘ hat gezeigt, daß die Internationalisierung der Wirtschaft die Handlungsfreiheit des Staates nur zum Teil einschränkt und daß diese Handlungsfreiheit dazu eingesetzt werden kann, wirtschaftliche und soziale Ziele im Kontext zu realisieren. Eine effektive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat ihren Preis und verlangt Opfer (auch von den unmittelbar Betroffenen); sie zwingt jedoch nicht zu einer weitreichenden Vergrößerung der Einkommensunterschiede, zu einem strikten Austausch von Arbeitsplätzen gegen Einkommensgerechtigkeit – im Gegensatz zu den Behauptungen liberaler Ökonomen.

Das ‚Poldermodell‘ liefert außerdem den Beweis dafür, daß eine korporatistische Führungsstruktur den Gefahren von Stagnation und Erstarrung, die sie ständig bedrohen, entkommen kann. Die niederländischen Soziologen Visser und Hemerijck haben in einer grundlegenden Untersuchung mit dem Titel *A Dutch miracle* gezeigt, daß es sich dabei nicht um einen von vornherein festgelegten ‚grand design‘ handelte, sondern um eine mühsame Suche voller unerwarteter Ereignisse. Sie schreiben: „The breaking of the political stalemate of corporatist immobility required hard-won changes and slow learning processes, and success was not assured.“<sup>5</sup> Erfolgreich war es dann doch.<sup>5</sup>

Und schließlich hat das ‚Poldermodell‘ zu einer Reihe interessanter, möglicherweise nachahmenswerter politischer und institutioneller Reformen geführt – einige davon habe ich im Vorhergehenden genannt. Dies alles vor dem Hintergrund dessen, was ich persönlich als eine große Errungenschaft des niederländischen Modells betrachte: die Lohnmäßigung – nicht nur als Instrument der Arbeitsplatzpolitik, sondern auch als Ausdruck des Wertes, den Arbeitnehmer anderen, eher qualitativen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen beimessen; Ausdruck auch ihrer Bereitschaft, zugunsten eines Systems wertbeständiger Zuwendungen ihr eigenes Einkommenswachstum zu begrenzen.

Der Erfolg des ‚Poldermodells‘ muß allerdings auch relativiert werden. Diese Politik hat zunächst einmal nicht nur soziale Kosten mit sich gebracht; sie ist auch nicht in jeder Hinsicht erfolgreich gewesen. Die Arbeitslosigkeit, auch die Langzeitarbeitslosigkeit, ist in den Niederlanden stark zurückgegangen. Gleichzeitig hat man inzwischen mit Schrecken festgestellt, daß die Zahl der Arbeitsunfähigen wieder steigt und sich in absehbarer Zeit wieder einer Million nähert. Außerdem stellt sich heraus, daß es nach 20 Jahren des Sparens wieder Geld gibt für Gesundheitspflege und Bildung, daß Geld aber nicht das einzige Problem ist. Die Wartelisten in der Gesundheitspflege zum Beispiel sind nicht nur die Folge von Unterinvestierung, sondern auch von Personalmangel und von einer bürokratischen Organisation des Gesundheitswesens. Anders ausgedrückt: Die Reform des Wohlfahrtsstaates ist noch lange nicht abgeschlossen.

Zum zweiten kann nicht jede erfolgreiche Entwicklung in den Niederlanden dem ‚Poldermodell‘ zugeschrieben werden. Ein gutes Beispiel ist hier die starke Zunahme der Teilzeitarbeit. Sie ist allseits akzeptiert und kommt auch den Wünschen vieler Arbeitnehmer entgegen (obwohl die hohe Zahl der weiblichen

<sup>5</sup> J. VISSER/A. HEMERIJCK, *„A Dutch miracle‘. Job growth, welfare reform and corporatism in the Netherlands*, Amsterdam 1997, S. 185.

Teilzeitkräfte die Vermutung nahelegt, daß hierbei auch andere Faktoren eine Rolle spielen). Teilzeitarbeit hat auch Nachteile; sie kann aber, besonders da nun der soziale Schutz für die betreffende Arbeitnehmergruppe verbessert worden ist, als wichtiger, innovativer Beitrag zur Ausweitung der Arbeitsplätze und eines differenzierten Arbeitssystems betrachtet werden. Von Politik jedoch ist in dieser Hinsicht überhaupt keine Rede gewesen. Es hat zwar eine begleitende Gesetzgebung – beispielsweise auf sozialem Gebiet – gegeben, eine aktive Politik zur Förderung der Teilzeitarbeit selbst – wenn diese denn überhaupt möglich ist – ist nie geführt worden. Die Teilzeit-Revolution in den Niederlanden ist zum größten Teil das Ergebnis einer spontanen Entwicklung gewesen, die vor allen Dingen durch die stark angewachsene Zahl von Frauen im Arbeitsprozeß ausgelöst worden ist. An dem Vorgang war sozusagen kein Beamter und kein Mitglied des Sozialökonomischen Rates beteiligt. Und das ist vielleicht auch ein beruhigender Gedanke. Es gibt noch einen dritten Grund, warum der Erfolg des ‚Poldermodells‘ relativiert werden muß. Damit kommen wir zum dem Thema, das unmittelbar die Position der Sozialdemokratie berührt. Die niederländische Konsens-Wirtschaft hat – zumindest in den vergangenen 15 Jahren – unter einer günstigen Wirtschaftskonjunktur funktioniert. Das führt zu der Frage, was geschehen würde, wenn diese Konjunktur sich über einen längeren Zeitraum hin verschlechtern würde.

Ebenso wichtig ist, daß die konsensorientierten Beratungen über die Lohnentwicklung, die soziale Sicherheit und den Arbeitsmarkt immer eine unausgesprochene Prämisse hatten: das Vorhandensein einer sozialen Marktwirtschaft, eines organisierten Kapitalismus, in dem der Staat lenkend einwirken kann, in dem die Gewerkschaften auch auf der Ebene der Unternehmen ihren Einfluß geltend machen können und in dem die Unternehmen eine langfristige Perspektive beibehalten und eine dauerhafte, wenn auch nicht konfliktfreie Beziehung zu ihren ‚stakeholders‘ (Arbeitnehmern, Kapitalgebern und Käufern) eingehen – wie sie es auch in den Institutionen der Konsens-Wirtschaft tun.

Diese Situation hat sich verändert. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts hat die Wirtschaft nach und nach ein anderes Gesicht bekommen. Eine rasche technologische Entwicklung und eine Liberalisierung von Handel und Kapitalverkehr haben nicht nur die Art der ökonomischen Aktivitäten verändert, sondern auch die Spielregeln der Wirtschaft selbst. Der Internationalisierungsprozeß schränkt den Nationalstaat ein, Betriebe stehen unter einem wachsenden Konkurrenzdruck und der Einfluß der internationalen Kapitalmärkte nimmt zu. Eine Anpassung an diese Entwicklungen ist unvermeidbar. Die Risiken sind aber ganz erheblich.

Werden die Interessen der Aktionäre, die sich durch ein eingegrenztes Interesse und einen beschränkten Zeithorizont auszeichnen, die Wirtschaft beherrschen? Geraten die Unternehmen auch in Europa unter den Einfluß des sogenannten ‚market for corporate control‘ mit seinen Fusionen und Trennungen, seinen feindlichen Übernahmen und seiner Fixierung auf schnelle und drastische Kostenbegrenzung? Und wie wirkt sich diese Veränderung an der ‚Basis‘ der Wirtschaft auf den institutionellen ‚Überbau‘ der sozialen Marktwirtschaft aus? Kurz gesagt: Kann ein ‚Kooperationsmodell‘ überleben, wenn in der Wirtschaft

selbst der Konflikt und die gnadenlose Konkurrenz in den Mittelpunkt geraten?<sup>6</sup>

Damit komme ich zum ‚Third Way‘, dem ‚Dritten Weg‘, der Erneuerungsbewegung innerhalb der europäischen Sozialdemokratie, die stark von Tony Blairs New Labour beeinflusst ist, die aber auf dem Kontinent auch eine Reihe von eigenen und eigensinnigen Interpretationen aufweist. Das Ziel besteht darin, einen dritten Weg zu finden zwischen dem veralteten Versorgungsstaats-Sozialismus auf der einen und dem Neoliberalismus auf der anderen Seite.

Der ‚Dritte Weg‘ bedeutet eine wichtige Verschiebung im Denken und Handeln der Sozialdemokratie. Seine Kraft steckt vor allem in seinen Ansichten über den Versorgungsstaat, d.h.:

- seiner Bevorzugung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die Beihilfeempfängern Anreize für eine Beteiligung am Arbeitsmarkt bietet;
- seiner Betonung einer fundierten Finanzierung der Staatsausgaben und der Bedeutung gesunder Staatsfinanzen im allgemeinen;
- seiner Bereitschaft, mit bestimmten Formen von Marktmechanismen im öffentlichen Bereich zu experimentieren.

Anregend ist auch die Offenheit des ‚Dritten Weges‘ für die sogenannte ‚New Economy‘, seine Sensibilität für die zunehmende Bedeutung von Wissen, Forschung und Unterricht als Produktionsfaktoren (wie Tony Blair sagt: „education, education, education“).

Aber die Protagonisten des ‚Dritten Weges‘ verdienen auch Kritik – und zwar wegen ihrer vor allem in der angelsächsischen Variante auftretenden Neigung zu einem gewissen Populismus im Bereich der öffentlichen Ordnung und bei Themen wie der Immigrationspolitik; wegen der Vernachlässigung von anderen Themen, die zur Identität der Sozialdemokratie gehören, wie Umweltpolitik, Engagement für die Verbreitung von Wohlstand und Freiheit über die Welt sowie Unterstützung einer Erneuerung der nationalen und internationalen Demokratie; wegen der Bejahung der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse sowie ihrer Furcht vor der Möglichkeit, auf wirtschaftlichem Gebiet als ‚atmosphärische Sozialdemokraten‘ angesehen zu werden.

Gewiß, normale und sachliche Beziehungen zu den Unternehmen sind erwünscht. Auch sind viele der traditionellen sozialdemokratischen Vorstellungen von einer Reform der Wirtschaftsordnung veraltet. Die Umstände zwingen die Sozialdemokratie jedoch, dieses gefährliche Terrain wieder zu betreten, allein schon, um ihren Spielraum auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu verteidigen. Sie wird auf nationaler und auf europäischer Ebene dazu beitragen müssen, einen neuen Kompromiß zu finden, der den Unternehmen weitgehend freie Hand läßt, jedoch die spekulativen Seiten der ‚New Economy‘ abbremst; einen Kompromiß, der den Aktionären Platz einräumt, ohne ihnen die Unternehmen und die Wirtschaft insgesamt auszuliefern. In einem Satz: Die Tagesordnung des ‚Dritten Weges‘ ist in vielerlei Hinsichten sehr relevant, aber viel zu knapp bemessen. Auf diesem Gebiet teilt die niederländische Sozialdemokratie, wie die neunziger Jahre gezeigt haben, die Stärken und die Schwächen des ‚Dritten We-

<sup>6</sup> Vgl. P. KALMA, *Rood over paars. De sociaal-democratie tussen zakelijkheid en verzaaking*, in: *Zeven jaar paars. Het tweëentwintigste jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 2001, S. 281-313.

ges‘. Sie steht mit den anderen sozialdemokratischen Parteien Europas in den kommenden Jahren vor der Aufgabe:

- neue politische Ambitionen zu verwirklichen;
- mitzuarbeiten an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Reform des Versorgungsstaates – in den großen Ländern Europas und teilweise auch im eigenen Land;
- und schließlich: das ‚Rheinische Modell‘, die soziale Marktwirtschaft, nicht zu verteidigen (das ist zu defensiv), sondern neu zu erfinden.

Das ist sehr viel. Es ist jedoch nicht viel mehr als das, was die europäische Sozialdemokratie in der Vergangenheit schon geleistet hat.